Teil I: Politische Parteien = Partie I: Partis politiques

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **1 (2001)**

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

TEIL I: POLITISCHE PARTEIEN

PARTIE I: PARTIS POLITIQUES

EU-SKEPTIKER BRAUCHT DAS LAND VOM WERT UND VOM PREIS EINES EU-BEITRITTS

Hilmar Gernet, Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

Der Preis für einen EU-Beitritt unseres Landes ist für die meisten Schweizerinnen und Schweizer zu hoch. Erst wenn der Beitritt für die Mehrheit einen Wert bekommt, wird er ein ernsthaftes Thema. Für eine politische Generation dürfte der Wert des bilateralen Weges jedoch höher als der Preis für den Beitritt bleiben. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ortet grosse Differenzen zwischen dem Projekt Europa („Frieden") und dem Produkt Europa („Brüssel"). Zudem wirken sich die politischen Entwicklungen innerhalb der EU (Boykott Österreichs, Beitrittskandidat Türkei, Ost-Erweiterung, Euro-Schwäche, Demokratiedefizit) vorwiegend negativ auf die Beitrittsdiskussion in der Schweiz aus.

Europa bleibt für die Schweiz eine unbequeme Angelegenheit. Eine Möglichkeit sich dieser existentiellen Debatte zu entziehen, gibt es für unser Land nicht. Dank der klaren Zustimmung des Volkes zu den bilateralen Verträgen hat der Bundesrat keine Veranlassung, den bilateralen Pfad zu verlassen. Weitere bilaterale Verhandlungen sind sinnvollerweise aber erst aufzunehmen, wenn die Partner der Europäischen Union die ausgehandelten Verträge ratifiziert haben.

Einseitiger Einfluss

Das EU-Paradies wird nur noch von einzelnen Euroturbos im Schweizerland beschworen. Die EU-Europäer sehen die Zukunft ihres Staatenbundes „nüchtern und unromantisch", wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* in einem Artikel über „neue Akzente in der Europapolitik" titelte (3. Mai 2001). Während der gegenwärtige EU-Ideenwettbewerb zur Zukunft Europas die Debatte in der Schweiz stark beeinflusst, bleibt die Wirkung auf die Europa-Architektur in umgekehrter Richtung sehr, sehr klein, solange es sich dabei um eine „Sandkastenübung frustrierter Diplomaten" (*NZZ*, 5./.6 Mai 2001) handelt. Die EU-Debatte in der Schweiz wird neben Kosten/Nutzen-Überlegungen geprägt von drei Fragenkomplexen, die in den Konstruktionsplänen zum Um- und Ausbau des EU-Hauses nicht gelöst sind und deshalb immer wieder auftauchen: Demokratie (Frieden); Zuständigkeiten (Zentralismus/Subsidiarität); Ost-Erweiterung (Wiedervereinigung?).

Die CVP ist gut beraten, wenn sie sich in dieser Debatte weiterhin an den führenden Köpfen der europäischen Christdemokratie orientiert und mit ihnen diskutiert, wie beispielsweise Wolfgang Schäuble, Wolfgang Schüssel, Roman Herzog oder Edmund Stoiber. Sie vertreten in den Kernfragen europäische Konzepte, die schweizverträglich sein könnten. Sie sind skeptische Europäer. Sie stellen Fragen, und sie geben Antworten – nahe bei den Menschen, nahe bei ihren Sorgen und Ängsten.

Weniger Brüssel ist mehr Europa

Von grösster Dringlichkeit und mit direkten Auswirkungen auf die schweizerische EU-Diskussion ist die Regelung der Zuständigkeiten. Die Union muss klären, für welche Fragen die europäische Ebene letztlich zuständig und verantwortlich sein soll. Der Katalog der europäischen Kompetenzen hat möglichst restriktiv zu sein, will die EU ihren Rückhalt bei der Bevölkerung (auch in der Schweiz) stärken.

Der Bayerische Ministerpräsident Stoiber hat in einer Europa-Rede am 12. Mai 2001 in Weiden den Hauptgrund für die zunehmende Ablehnung gegenüber Europa und Brüssel identifiziert: „Die Menschen können Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nicht mehr zuordnen. (...) Bürgernähe heisst gerade in einem erweiterten Europa: Politik in Europa darf nicht Stück für Stück von Brüssel vereinnahmt werden. Sie muss so weit wie möglich in den Kommunen, in den Regionen, in den Mitgliedstaaten stattfinden. Wir müssen weg vom unnötigen Zentralismus in Europa. Nur was zwingend einer europäischen Regelung bedarf, soll auf europäischer Ebene geregelt werden. Das ist es, was wir unter Subsidiarität verstehen." Der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog rät den europäischen Staatschefs bei der für 2004 angesagten Regierungskonferenz den „Kompetenzwirrwarr" zu lösen und die Zuständigkeiten neu zu ordnen (*FAZ*, 31. Mai 2001).

Zwei Ängste

Das historische Friedensprojekt Europa braucht eine zeitgerechte Übersetzung für das aufbrechende 21. Jahrhundert. Wolfgang Schäuble hat den Auftrag formuliert: „Europa muss Perspektiven für Sicherheit in Frieden und Menschenwürde bei erträglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen in einer Welt, in der nicht nur das Schlagwort Globalisierung für Entgrenzung steht, bieten" (in: Adalbert Durrer / Hilmar Gernet, *Von Mythen zu Taten*, S. 183). Ein zukunftsfähiges Europa kann nur

mit den Völkern und ihrer politischen Mitsprache gestaltet werden. Dennoch ist bei vielen politischen Führern in Europa eine seltsame Angst gegenüber der Beteiligung und damit verbundenen demokratischen Entscheidungen der Völker für oder gegen (!) die Erweiterung und Vertiefung der EU feststellbar.

Das europäische Friedensprojekt von einst gerät unter Druck. Drago Jancar, slowenischer Schriftsteller, beschrieb diese Gefahr im Aufsatz *Die Welt als Gegensatz begreifen* (*NZZ* 19./20 Mai 2001): „Zwischen den europäischen Staaten wird kein Krieg mehr ausbrechen, weil man heute einen Staat wesentlich billiger auf friedliche Weise ausnehmen kann. Und das verstehen auch die Osteuropäer; sie (...) rufen heute aus tiefstem Herzen: Kauft uns auf, nehmt uns aus, nur lasst uns nicht aus Europa draussen." In den EU-Kandidatenländern regen sich zunehmend politische Stimmen gegen solche Rufe. Sie befürchten bei einem EU-Beitritt den „Ausverkauf des Bodens" (*NZZ*, 5./6. Mai 2001). Ängste, das eigene, heimatliche Land zu verlieren, machen sich breit, angesichts des grossen Preis- und Wohlstandsgefälles zwischen West- und Mittelosteuropa.

Erweiterung oder Wiedervereinigung

Europas Politiker ringen im Wettbewerb um die künftige EU-Architektur mit Worten. Soll es ein „Europa der Nationalstaaten", eine „Gegenwelt zu den USA" werden, wie Frankreichs Premierminister Lionel Jospin sagt (*Tages-Anzeiger*, 29. Mai 2001). Oder wird die Vorstellung des deutschen Aussenministers Joschka Fischer Realität: „Auch in der europäischen Finalität werden wir noch Briten und Deutsche, Franzosen und Polen sein" (*FAZ*, 3. Mai 2001). Wortgefechte sind nicht nur um die finale (?) Gestalt der EU im Gange, sondern auch bei der aktuellen Vergrösserung der EU-Mitgliedstaaten. Handelt es sich beim derzeitigen Prozess um eine Erweiterung oder um eine Wiedervereinigung?

Der Deutsche Günter Verheugen ist der EU-Kommissar für *Erweiterungsfragen*. Verfolgt man seine Äusserungen zu den laufenden Beitrittsverhandlungen, so betont er die Wiedervereinigung. „Die EU-Erweiterung sei eine Chance, die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu korrigieren und den auseinandergerissenen Kontinent wieder zusammenzuführen", sagte er am 4. Mai in Wien (*NZZ*, 5./6. Mai 2001). Für schweizerische Ohren tönt die Wiedervereinigungsthese abstrus. Nicht gemeint sein kann ja wohl die Rekonstruktion der österreichisch-ungarischen, königlich-kaiserlichen Monarchie oder gar die Neuauflage eines Satellitenstaaten-Systems unter Brüsseler- statt unter Moskauer-Diktat.

Sollte unser Land sich in Zukunft ernsthaft mit dem EU-Beitritt befassen, so ist festzuhalten: Die Schweiz ist keine historische Fehlentwicklung in der europäischen Landschaft und kein korrekturbedürftiger Fehler des 20. Jahrhunderts. In der Aussage des konvertierten sozialdemokratischen Erweiterungskommissars und ehemaligen FDP-Generalsekretärs eine diesmal europäische „Heim-ins-Reich"-Idee zu vermuten, wagen wir selbstredend nicht. Die EU, soll sie in der Schweiz ernst genommen werden, muss ein unzweifelhaft demokratisches Zukunftsprojekt sein, ohne neue Anleihen bei gescheiterten monarchisch-feudalistischen oder kommunistischen Utopien.

Wohin geht die Reise?

Zu einem eigenständigen, selbstbewussten, schweizerischen Weg mit der EU gibt es für unser Land keine Alternative. Andernfalls steht nicht in erster Linie ein Beitritt zur EU auf dem Spiel, sondern die Kohäsion in unserem Land. Das aussenpolitische Plädoyer der Christdemokraten soll sich deshalb an den Europäern orientieren, die Fragen stellen. Skeptiker sind nicht Gegner oder Feinde, sondern Realisten. Sie fragen wohin die Reise geht, welche Etappen es gibt, wer mitreist und was es kostet. Sie wollen für ihre Entscheidung überzeugende Antworten hören. Denn bei einer allfälligen EU-Beitrittsabstimmung in der Schweiz werden die Stimmen gezählt und nicht die EU-Begeisterung gewogen.

FÜR EINE STARKE SCHWEIZ IN EUROPA

Gregor A. Rutz, Schweizerische Volkspartei

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile lehnt die SVP den Beitritt zu einer bürokratischen und zentralistischen EU ab. Die Partei fordert überdies den Rückzug des 1992 eingereichten Beitrittsgesuchs. Hingegen sieht die SVP in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und anderen europäischen Ländern. Im Hinblick auf künftige Verhandlungen mit der EU fordert die SVP eine Abkehr vom strategischen Ziel des EU-Beitritts: Die Schweiz ist unglaubwürdig, wenn sie bei Verhandlungen signalisiert, dass sie bereit ist, noch viel weiter zu gehen als angeboten.

Die SVP will eine selbstbewusste, starke und weltoffene Schweiz. Zur Aussenpolitik gehört auch eine aktive Informationspolitik, welche die Leistungen und Stärken der Schweiz im In- und Ausland bekannt macht. Die Schweizer Wirtschaftspolitik muss die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz verbessern, damit die Schweizer Exportwirtschaft nicht nur in Europa, sondern weltweit konkurrenzfähig und präsent sein kann. Das Bankkundengeheimnis, die liberale Steuer- und Vertragsgesetzgebung sowie das freiheitliche, demokratische und föderalistische Verfassungssystem sind unter allen Umständen zu bewahren. Ebenso setzt sich die Schweizerische Volkspartei für die strikte Wahrung der Neutralität ein.

Mit der Neutralität unvereinbar

Der Beitritt zur EU würde die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes massiv einschränken. Die EU stellt zwar bereits heute einen wichtigen Partner der Schweiz dar, ein Beitritt würde aber eine deutlich striktere Ausrichtung auf Europa zur Folge haben. Dies läuft der heutigen Weltoffenheit der Schweiz zuwider.

Die Neutralität ist seit dem 16. Jahrhundert eine tragende Säule unseres Staats- und Identitätsverständnisses. Die Schweiz hat ihre Neutralität nie opportunistisch oder als bloss momentan zeitbedingt verstanden. Ihre Politik der immerwährenden bewaffneten Neutralität erwies sich als wichtigster Pfeiler für den Fortbestand der unabhängigen Schweiz. Sie vermochte das Land und seine Bevölkerung davor zu bewahren, ungewollt in internationalen Konflikte

hineingezogen zu werden. Nicht übersehen werden darf neben der aussenpolitischen Bedeutung auch die gewichtige innenpolitische Dimension der Neutralität. Eine überragende Mehrheit der Schweiz sieht in der Neutralität die Garantie der Bewahrung der demokratischen Besonderheiten der Schweiz, die jedem Bürger ein weltweit einzigartiges Höchstmass an Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der direkten Demokratie auf föderalistischem Fundament sichern.

Die strikte Neutralität ist die aussen- und innenpolitische Versicherung, dass die Schweiz bei Konfliktfragen unbeeinflusst das Recht vertritt. Nur eine konsequente Beachtung der Neutralität macht die Aussenpolitik der Schweiz für jeden anderen Staat der Welt berechenbar – ein unschätzbarer Sicherheitsfaktor für einen Kleinstaat wie die Schweiz. Sie verhilft unserem Land zu Ansehen und Wohlstand und sichert seine Position als glaubwürdige Friedensinsel.

Demokratiedefizit und Zentralismus

Ebenso, wie die EU wenig Verständnis für neutrale Kleinstaaten hat, steht die Organisation dem Subsidiaritätsprinzip mit grosser Distanz gegenüber. Föderalistische Strukturen liegen nicht im Trend; Zentralismus ist angesagt. Im Gegensatz zum bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der für das Subsidiaritätsprinzip eintritt, fordert Frankreichs Staatsoberhaupt Jacques Chirac (und mit ihm die Mehrheit der EU-Exponenten), die EU müsse sich vermehrt Problemen annehmen, welche den Bürger unmittelbar und direkt betreffen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich. Die Liste der durch die EU-Organe wahrgenommenen Kompetenzen nimmt immer weiter zu – zu Lasten der Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Die derzeitigen Vorgänge in unseren Nachbarstaaten zeigen, was einem souveränen, demokratischen Staat blühen kann, wenn er sich dem Brüsseler Diktat nicht fügt. Nach der dekadenten, willkürlichen Ausgrenzung und Erniedrigung Österreichs, das bis auf die Unterwäsche entkleidet an den europäischen Pranger gestellt wurde, entlarvte ein weiterer Skandal um die Äusserungen von Kommissar Verheugen die tatsächliche Konsistenz der europäischen Grundwerte. Nachdem man im Falle Österreichs den Ausgang einer demokratischen Wahl und damit den Wählerwillen nicht akzeptieren wollte, ging es später gar darum, einen demokratischen Entscheid von Anfang an zu verhindern: Günter Verheugens Gedanke, eine Volksbefragung über die Osterweiterung der EU durchzuführen und so die Eliten zu „zwingen, auf die

Sorgen der Bevölkerung einzugehen", war gleichsam ein Lichtblick. Doch statt lobender Worte wurde mit dumpfem Groll auf Verheugen eingedroschen.

Ausgrenzung und Meinungsterror

Offenbar wird, wer nur schon den Vorschlag macht, Entscheidungen von weitreichender volkswirtschaftlicher Bedeutung einer Volksabstimmung zu unterstellen, umgehend des Verrates an der europäischen Idee verdächtigt. Der europäische Meinungskonformismus scheint sich demokratischen Entscheidungsmechanismen mehr und mehr zu entfremden.

Die Reaktion verschiedenster EU-Exponenten auf die deutliche Ablehnung des Nizza-Vertrags durch die irischen Stimmbürger zeigte es wiederum klar: Demokratische Entscheide werden zur Last, weil sie das Räderwerk der Verwaltung und der Parteibonzen behindern können. Die hart erkämpften demokratischen Rechte der Bürger Europas sind flugs von aristokratisch gesinnten Luxusbeamten behändigt worden; die Werte der Französischen Revolution erleiden tiefe Rezession.

Der ehemalige polnische Botschafter in Bonn, Janusz Reiter, meinte zum damaligen Vorschlag Verheugens, dieser sei nicht nur politisch falsch, sondern habe auch „moralisch keine Basis". Fischer seufzte, in der Politik sei „Weisheit ein rares Gut", und CDU-Politiker Brok bedauerte, Verheugen habe einen „kontraproduktiven Diskurs" angestossen. Eine Wiener Zeitung verstieg sich gar zum Titel „Kommissar Brandstifter". Wir stehen in der heutigen EU vor der grotesken (und gefährlichen) Situation, dass es „politically correct" ist, das Volk *nicht* nach seiner Meinung zu befragen. Gefährliche politisch korrekte Denkschablonen und der geradezu paranoid anmutende Sprachfetischismus haben das ihre dazu beigetragen.

Mehr Staat, weniger Freiheit

Mit dieser Auslegung der politischen Korrektheit verwirklicht sich, was von zahlreichen bürgerlichen Politikern befürchtet und zuletzt von Christoph Blocher ausgesprochen wurde: Meinungskonformismus und Sprachregelungen dienen letztlich dazu, die Demokratie aus den Angeln zu heben und ein sozialistisch (und damit zentralistisch und undemokratisch) geprägtes Wertesystem durchzusetzen.

Die „political correctness", das Lieblingsspielzeug der politischen Mitte und

der Linken, wendet sich damit offen gegen diejenigen, die sie eigentlich zu beschützen vorgibt. Oder wie Blocher sagt: „Die Sozialisten und Sozialdemokraten dieses Landes sprechen häufig vom ‚Primat der Politik' und versuchen unentwegt, dieses auch durchzusetzen. (...) Die Kontrolle über die einzelnen Bürger – so meinen sie – müsse letztlich beim Staat und seinen Politikern liegen." Damit wird Privateigentum zweitrangig (Stichwort: „Steuergeschenk"); das Wohl des Staates wird dem Wohle des Bürgers vorgeordnet.

Und ganz genau dies meint Prodi (ohne es explizit auszusprechen), wenn er sagt, es sei alles zu vermeiden, was die Aufnahme der Kandidatenländer verzögern könnte: Wenn ein Volksentscheid dem Wohl des Staates (bzw. der EU) im Wege steht, so ist er zu umgehen. Zutreffend schreibt die Süddeutsche Zeitung, Volksentscheide über Grundfragen würden „Politiker und Wirtschaftsführer dazu zwingen, energisch und dauerhaft für Europa zu werben, anstatt den Kontinent nach Art eines Geheimbundes zu führen".

Europäische Placebo-Demokratien

Was ist denn das für ein Europa, in welchem man nicht einmal über Demokratie diskutieren darf? Vergessen wir nicht: In Deutschland gab es weder zur Wiedervereinigung noch zur Einführung des Euro eine Volksabstimmung. Frankreich strotzt vor Zentralismus. Das italienische System wiederum wird selbst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als „Placebo-Demokratie" charakterisiert.

Halten wir dagegen: In der Schweiz unterstehen zahlreiche völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum. Jeder Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften muss zwingend dem Volke vorgelegt werden. Selbst wenn eine Gemeinde zu einem anderen Kanton übertritt, ist eine nationale Volksabstimmung durchzuführen. Dies ist für uns Schweizer korrekt: Der Bürger soll mitreden, entschieden wird auf der unterstmöglichen Stufe. Und jeder hat das Recht, sich offen und frei zu aktuellen Problemen zu äussern.

Unser Mitspracherecht in den Gremien der Europäischen Union in Brüssel würde mit dem Abtreten eines beträchtlichen Teiles dieser wertvollen Volksrechte bezahlt. Diese Einschränkungen der Demokratie aber widersprechen diametral unseren direktdemokratischen und föderalistischen Grundsätzen.

Für eine selbstbewusste Schweiz

Die Schweiz muss die Neutralität und ihre verschiedenen Standortvorteile besser nutzen und aktiver gestalten. Dies kann sie besser ausserhalb der Europäischen Union. Die SVP fordert alle politischen Kräfte in der Schweiz auf, demokratische Werte zu pflegen und weiterzuentwickeln: Der Bürger soll im Mittelpunkt stehen, nicht der Staat! In diesem Sinne: Haben Sie den Mut, politisch unkorrekt zu sein! So sind wir das beste Vorbild für Europa.

EINE SELBSTBEWUSSTE SCHWEIZ IM HERZEN EUROPAS

Petra Studer, Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz

Der 6. Dezember 1992, der 21. Mai 2000 und der 4. März 2001: drei Abstimmungs-Sonntage, welche den Lauf der Schweizer Europapolitik in grossem Masse bestimmt haben. Die Ablehnung eines Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) war für unsere Kreise eine herbe Enttäuschung, hätte ein EWR-Beitritt doch eine einfache Ausdehnung der vier Freiheiten (Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen) auf unser Land mit sich gebracht. Wir sahen uns darum gezwungen, die gravierendsten Nachteile des Ausschlusses vom EWR auf bilateraler Ebene zu kompensieren. Die mühsam ausgehandelten sieben sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU wurden im Mai letzten Jahres mit einem deutlichen Mehr vom Souverän abgesegnet; dies war ein klares Zeichen dafür, dass das Schweizer Volk für pragmatische Lösungen in der Europapolitik durchaus zu haben ist. Der Volksinitiative „Ja zu Europa" wurde diesen Frühling jedoch eine bittere Abfuhr erteilt, was nun wiederum für die Zukunft der Schweizer Europapolitik weichenstellend ist. Das Schweizer Volk ist nicht bereit, einen übereilten EU-Beitritt anzustreben, wenn die bilateralen Verträge heute noch nicht einmal in Kraft getreten sind. Die Auswertung des Abstimmungsresultates hat klar gezeigt, dass dieses Nein keineswegs einer Absage an weitere Integrationsschritte entsprach; vielmehr wollte es eine verantwortungsbewusste und gemässigte Gangart in der Schweizer Europapolitik untermauern.

Unsere heutige Europapolitik ist ein Resultat der drei oben genannten Lektionen. Ein EU-Beitritt steht für das kommende Jahrzehnt wohl kaum mehr zur Debatte, was jedoch keineswegs zu einer Trübung der Beziehungen zwischen der Schweiz und den anderen europäischen Staaten führen muss. Im Gegenteil: mit der angekündigten Aufnahme weiterer bilateraler Verhandlungen in Bereichen wie Innere Sicherheit, Asylwesen, Zollbetrug oder Zinsbesteuerungen wird beiderseits ein Interesse an weiteren Integrationsschritten bekundet.

Die Schweiz liegt im Herzen Europas. In einer immer mehr vernetzten Welt kann es uns darum nicht egal sein, was die EU-Staaten machen, sowie es auch der EU nicht gleichgültig sein kann, was in einer für sie geographisch wie auch wirtschaftlich „neuralgischen Zone" passiert. In der Verkehrspolitik sind wir auf gemeinsame Lösungen angewiesen, da die Schweiz als Knotenpunkt des europäischen Nord-Süd-Verkehrs zu betrachten ist, was uns mit

den aktuellen Problemen beim Transitverkehr mehr als deutlich vor Augen geführt wird. Des weiteren ist die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz nicht zu unterschätzen; aus Angst vor Kapitalflucht hat die EU vehementes Interesse an einer verstärkter Kooperation in diesem Gebiet. Dasselbe gilt auch im Bereich der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, wo die Schweiz als ein undichtes Leck im Schengener System der Sicherheits-Zusammenarbeit betrachtet wird.

Diese Beispiele zeigen mehr als deutlich, dass die europäischen Staaten in den verschiedensten Bereichen auf die Mitarbeit der Schweiz angewiesen sind. Und diese Einsicht sollte uns auch zu mehr Selbstbewusstsein auf dem europapolitischen Parkett verhelfen. Bei den nächsten Verhandlungen mit dem „grossen Partner" soll die Schweiz ihre Trümpfe nicht allzu früh offen legen, sondern selbstsicher in die Diskussion einsteigen. Dieser bilaterale Weg soll mittelfristig auch das Credo der Schweizer Europapolitik bleiben. Parallel dazu können wir uns nach der Inkraftsetzung der sektoriellen Abkommen an den „europäischen Puls" gewöhnen; dies wird vor allem im Bereich der Personenfreizügigkeit und des Landverkehrs von Bedeutung sein. Nicht zuletzt wird der Rhythmus unserer Europapolitik auch stark von der Weiterentwicklung in der EU geprägt sein: bei wachsender Zentralisierung ist ein EU-Beitritt der Schweiz unwahrscheinlich; erhält der Föderalismus jedoch zunehmend mehr Gewicht, ist die Adhäsion einer institutionell gut vorbereiteten Schweiz zu einem ausgereiften Zeitpunkt eine durchaus legitime Option.

Darüber hinaus dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass in vielen Gebieten - das Paradebeispiel der Handelspolitik einmal weggelassen - die Interessen der Schweiz mit einer verstärkten europäischen Integration einher gehen. Denken wir nur an die Forschung, wo die Schweiz heute zu den Spitzenreitern gehört, dieses Niveau langfristig aber nur dank verstärkter Kooperation mit anderen Staaten, europa- sowie weltweit, halten können wird. Es sei auch die Bildungspolitik genannt, wo die Schweiz bestrebt ist, europäische Standards zu übernehmen, damit unsere Hochschuldiplome auch über die Schweizer Grenzen hinaus anerkannt sind und damit unsere Studierenden auf einfacherem Wege ein Studium in einem EU-Land absolvieren können. Nicht zuletzt gilt es die Umweltpolitik ins Rampenlicht zu stellen, wo der Schweiz eine Vorreiterrolle beigemessen wird und die EU-Länder von unseren Erfahrungen profitieren können.

Leider werden die positiven Seiten und die Erfolge unserer Integrationspolitik oft von eher negativen Schlagzeilen in den Hintergrund gedrückt. Denken wir

hier zum Beispiel an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Regionen, welche sich stetig weiterentwickelt, ohne dass ihr ein spektakulärer Charakter beigemessen wird. In einer „Euregio Basiliensis“, einer „Euregio Bodensee“ oder einem „Arc Léman“ ist die europäische Integration zu einer nicht mehr wegzudenkenden Realität geworden. Hier spielt sich nämlich – abseits der bedeutenden Institutionen – das ab, was zum Inbegriff der Europapolitik werden müsste: ein Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalität, welche voneinander profitieren und lernen können; und dies im Bewusstsein, Europäer zu sein.

DER EU-BEITRITT WIRD KOMMEN - JE FRÜHER, DESTO BESSER

Kaspar Sutter, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Momentanes Verhältnis der Schweiz zur EU

Europa entwickelt sich im rasanten Tempo weiter. Die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer wird intensiver, die Politikfelder werden koordiniert und harmonisiert. Die osteuropäischen Staaten wollen teilhaben an diesem politischen Projekt und drängen auf einen raschen Beitritt. Mit grossem Engagement bereitet die EU diesen Beitritt vor. Die osteuropäischen Ländern rücken damit automatisch in das Hauptinteresse der EU. Die Schweiz steht daneben und betrachtet selbstverliebt diesen Integrationsprozess.

Die EU wird bei der Umsetzung ihrer Politik immer weniger Rücksicht nehmen auf die Partikularinteressen einer Aussensteherin. Volle Souveränität und eine europäische Bedeutung ist deshalb für die Schweiz nur noch innerhalb der Union möglich. Wer freiwillig den Alleingang wählt, schliesst sich selbst von der Mitentscheidung aus und verliert damit laufend an Bedeutung und geht vergessen. Ganz deutlich zeigt sich dies beim schleichenden und langsam vor sich gehenden Ratifikationsprozess der Bilateralen I.

Der Beitritt wird kommen, die Frage ist nur wann

Die Schweizer Bevölkerung, der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien wissen es genau, die Schweiz wird früher oder später Mitglied der Europäischen Union sein. Denn auch wenn gewisse rechtskonservative Parteien es noch nicht begriffen haben, die Europäische Union ist seit über fünfzig Jahren Realität und sie ist die gestaltende politische Kraft dieses Kontinentes. Die Erfolge der EU sind mannigfaltig:

- Eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern der EU ist undenkbar geworden;
- Europa hat sich neben Amerika und Japan zu einer Wohlstandsinsel entwickelt;
- Der Wohlstandsunterschied hat zwischen den Ländern abgenommen, da

die relativ ärmeren Länder dank der EU ein stärkeres Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten;

- Ehemalige Diktaturen (Griechenland, Spanien und Portugal) wurden in die Gemeinschaft eingebunden und in ihrer Demokratisierung gestärkt;

- Die EU ist heute unbestrittenermassen der Motor des Integrationsprozesses. Weder der Europarat noch die EFTA vermochten diese politische Dynamik je zu konkurrenzieren. Die EU spricht nach aussen mit einer Stimmen (überall dort, wo sie gemeinsame Kompetenzen hat). Sie vermag sich in diesen Bereichen den USA entgegenzustellen;

- Das Integrationsprojekt ist ein politisches Projekt. Dieser Aspekt wurde seit 1984 verstärkt.

Wenn man davon ausgeht, dass die Schweiz einmal Mitglied der EU sein wird, gibt es keinen vernünftigen Grund, wieso damit noch abgewartet werden soll. Die wichtigen Entscheidungen über die institutionelle Ausgestaltung der Union werden jetzt gefällt und die Verhandlungsposition einer Beitrittskandidatin Schweiz ist momentan mit 15 Verhandlungspartnern besser, als wenn die Union sich schon nach Osten erweitert hat.

Auch wird der zu übernehmende Acquis communautaire mit jedem Jahr grösser. Die bürgerlichen Parteien der Schweiz, von der SVP ganz zu schweigen, haben dies noch nicht erkannt und halten deshalb verbissen am bilateralen Weg fest. Sie können aber keinen Vorteil des Abwartens erwähnen. Damit verschieben sie den EU-Beitritt in die weite Ferne und schaden damit dem Interesse der Schweiz. Aus diesem Grunde muss sich leider auch die SP Schweiz mit dem bilateralen Weg auseinandersetzen. Sie betrachtet diesen Weg nüchtern, immer mit dem eigentlichen Ziel des Vollbeitritts vor Augen.

Statische bilaterale Verträge

Der statische Vertrag zeichnet sich dadurch aus, dass man zu einem bestimmten Moment mit der Europäischen Union und seinen Mitgliedsländern einen Vertrag abschliesst, der nur in beidseitigem Einverständnis verändert werden kann. Die Bilateralen I zum Landverkehr, der Personenfreizügigkeit, etc. sind solch statische Verträge. Bei diesen Verträgen handelt es sich um Momentaufnahmen, die sich der schnellen Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes nicht anpassen können. Wenn man bedenkt, wie viel Zeit

man zur Aushandlung und der noch ausstehenden Ratifikation der Bilateralen I benötigt hat, wird einem klar, wie starr und unflexibel diese Art von Verträgen ist. Statische Verträge können deshalb niemals mit dem raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel Schritt halten.

Dynamische bilaterale Systeme

Bei den dynamischen Bilateralen handelt es sich nicht mehr nur um reine Verträge, sondern man tritt in ein Institutionengefüge ein. Dies gewährleistet, dass die gemeinsamen Übereinkommen rascher an den gesellschaftlichen Wandel angepasst werden können. Dies wäre der Fall gewesen bei einem Beitritt zum EWR, ist es aber auch bei der jetzigen Absicht des Bundesrates im Schengen/Dublin-System mitzumachen. Der Beitritt zum Schengen/Dublin-System bringt der Schweiz in gewissen Bereichen klare Vorteile: die Wirtschaftskriminalität kann besser bekämpft werden; der Tourismus profitiert weil TouristInnen auch mit einem Schengenvisum bei uns Ferien machen können; die Zusammenarbeit der Polizei wird verstärkt, usw. Die Schweiz wird zum Zeitpunkt der Ratifikation die politischen Inhalte des Systems und damit die momentanen Vor- und Nachteile kennen. Nach dem Beitritt werden sich diese Inhalte aber weiter entwickeln, da es sich um ein dynamisches System handelt. Die Schweiz wird dann zwar bei den Verhandlungen beigezogen und angehört, aber sie kann nicht mitbestimmen. Die Koordination der schweizerischen Politik mit der europäischen wird mit einem Beitritt zwar in den Bereichen der Asylpolitik und der Inneren Sicherheit markant verstärkt, der Souveränitätsmangel bleibt aber bestehen und wird sogar vergrössert. Zwischen diesen Vor- und Nachteilen bleibt abzuwägen und die SP wird diese Bewertung nach dem Abschluss der Verhandlungen vornehmen.

Bankgeheimnis und Betrugsbekämpfung

Dass in den Bereichen des Schmuggels und der Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung rasch eine Lösung mit der EU gefunden werden muss, ist für die SP selbstverständlich. Es kann nicht sein, dass ein Staat den illegalen Handlungen krimineller und mafioser Organisationen keinen Riegel vorschiebt. Eine Zusammenarbeit mit der EU zur Unterbindung des Zigarettenschmuggels ist deshalb eine moralische Verpflichtung.

Auch kann ein Staat, der seine Einnahmen unter anderem mit Steuern finanziert, nicht mit seinem Bankgeheimnis Steuerfluchtgelder anziehen und damit seine Nachbarstaaten um Steuereinnahmen prellen. Bei Steuerhinterziehung

muss den Nachbarstaaten Rechtshilfe geleistet werden. Dass dabei die Reziprozität gewährleistet sein muss, versteht sich von selbst. Beide Gebiete sind für die SP Schweiz keine eigentliche Europapolitik, sondern sozialdemokratisches Selbstverständnis seit Jahrzehnten.

Das Ziel ist und bleibt die Vollmitgliedschaft

Diese Ausführungen machen es klar, der bilaterale Weg ist in beiden Fällen mit Nachteilen belegt. Es kann deshalb nicht der Weg einer selbstbewussten Nation sein, die die grenzüberschreitenden Probleme in Zusammenarbeit mit seinen NachbarInnen lösen will und ein Mitspracherecht für sich beansprucht. Zusätzlich stellt sich die integrationspolitische Frage, ob wir mit diesen kleinen Schritten dem EU-Beitritt näher kommen oder ihn nicht eher hinauszögern.

Für die SP Schweiz ist es klar, dass wichtigste Ziel für unser Land und unsere Interessen ist und bleibt der raschest mögliche Beitritt zur EU.